

## 155 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

# Bericht des Verkehrsausschusses

**über die Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz zu Bestimmungen der Europäischen Union über kapazitätsbezogene Maßnahmen für die Binnenschiffahrtsflotten der Gemeinschaft zur Förderung des Binnenschiffsverkehrs erlassen, das Bundesfinanzierungsgesetz geändert und das Bundesgesetz über die Strukturbereinigung in der Binnenschiffahrt außer Kraft gesetzt wird (Binnenschiffahrttsfondsgesetz) (84 der Beilagen)**

Die Maßnahmen der Europäischen Union zur Strukturbereinigung in der Binnenschiffahrt, geregelt mit Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates, wurden nach zehn Jahren mit 28. April 1999 beendet. Um ihren Erfolg nicht in Frage zu stellen, ist es laut Gemeinschaft notwendig, die erneute Bildung von Überkapazitäten auf dem Binnenschiffahrtmarkt zu verhindern, den Markt zu überwachen und im Falle einer neuerlichen schweren Marktstörung intervenieren zu können. Die Verordnung (EG) Nr. 718/1999 des Rates vom 29. März 1999 schreibt den Mitgliedstaaten vor, Ausführungsvorschriften zu erlassen bzw. die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen zu beschließen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die innerstaatliche Umsetzung erfolgen.

Der Verkehrsausschuss hat diese Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 25. Mai 2000 in Verhandlung genommen.

Als Berichterstatter fungierte der Abgeordnete Johannes **Zweytick**.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Rudolf **Parnigoni**, Anton **Wattaul**, Mag. Reinhard **Firlinger**, Mag. Karin **Hakl**, Josef **Edler**, Mag. Helmut **Kukacka**, Mag. Brunhilde **Plank** und Emmerich **Schwemlein** sowie der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Dipl.-Ing. Michael **Schmid**.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ein vom Abgeordneten Rudolf **Parnigoni** eingebrachter Abänderungsantrag fand nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Verkehrsausschuss den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (84 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2000 05 25

**Johannes Zweytick**

Berichterstatter

**Mag. Reinhard Firlinger**

Obmann